



Die verhinderte Regierungsbildung in Spanien

Gegenseitige Blockaden der Parteien auch drei Monate nach den Wahlen - die *Partido Popular* in einer Sackgasse – gibt es bald eine Regierung der Linken oder Neuwahlen am 26. Juni?

ANALYSEN UND BERICHTE

MÄRZ 2016

DR. WILHELM HOFMEISTER

www.kas.de/spanien

Wie unterschiedlich im Europa der Demokratien die politischen Kulturen der einzelnen Länder sein können, wird in diesen Tagen wieder einmal deutlich. Während in Deutschland nach den drei Landtagswahlen vom 13. März praktisch alle Parteien das Votum der Wähler als Auftrag verstanden haben, parlamentarische Mehrheiten und Koalitionen in neuer Form zu suchen und zu vereinbaren, wozu in einzelnen Fällen sogar drei Parteien nötig sind, weigern sich die Parteien in Spanien auch drei Monate nach den nationalen Wahlen vom 20. Dezember noch immer, ihre alten Differenzen ruhen zu lassen, um zum Wohle des Landes eine neue Form der Koalitionsbildung und politischen Zusammenarbeit zu beginnen und eine neue Regierung zu wählen.

1978, als mit der Verabschiedung der Verfassung die moderne spanische Demokratie begründet wurde, waren die verschiedenen politischen Lager des Landes in der Lage, sich trotz großer politischer und ideologischer Gegensätze auf die Verfassung und die Verfahren des Demokratisierungsprozesses zu verständigen. Manche Regelungen der Verfassung – z.B. im Hinblick auf die Stellung der Regionen – blieben vorläufig und unspezifisch. Das war nicht zuletzt Ausdruck von Kompromissfähigkeit der verschiedenen Parteien, die den Übergang erst möglich machte. Die Verständigung auf eine Art demokratischen Grundkonsens war für den beginnenden Demokratisierungsprozess von entscheidender Bedeutung.

Knapp vier Jahrzehnte später scheinen die politischen Führer und Parteien Spaniens die Fähigkeit zur Verständigung und zum Kompromiss verloren zu haben. Das traditionell fragmentierte Parteiensystem mit einer entsprechend hohen Zahl unterschiedlicher Parteien in der Abgeordnetenkammer, vor allem aber die zusätzliche Polarisierung durch neue Gruppierungen – insbesondere die linke Partei „Podemos“ mit ihren unterschiedlichen regionalen Ablegern - tragen zu den Schwierigkeiten einer Verständigung über die Parteigrenzen und politischen Lager hinweg bei.

In den drei Monaten seit den Wahlen vom 20. Dezember ist es nicht gelungen eine neue Regierung zu bilden. Unterdessen ist ein Verfahren in Gang gekommen, das mit erneuten Wahlen am 26. Juni endet – sofern bis Anfang Mai keine neue Regierung gebildet ist. Die Chancen dafür sind weiterhin ungewiss. Auszuschließen ist, dass der bisherige Regierungschef *Mariano Rajoy* vor einer eventuellen Neuwahl in seinem Amt bestätigt wird. Auszuschließen ist auch, dass die bisher regierende Volkspartei *Partido Popular* (PP) einen anderen Kandidaten aus den eigenen Reihen anstelle von *Rajoy* aufstellt oder gar den Kandidaten einer anderen Partei unterstützt. Nicht auszuschließen ist dagegen, dass es *Pedro Sanchez*,

dem Generalsekretär der Sozialisten (*Partido Socialista Obrero Español*, PSOE), doch noch gelingt bis Anfang Mai eine Regierung zu bilden, sofern seine Wahl zum Regierungschef (*Presidente de Gobierno*) von der linken Protestbewegung *Podemos* explizit unterstützt oder zumindest hingenommen wird. *Sanchez* will bis zum 23. April verhandeln. Sollte er bis dahin keine Übereinkunft mit *Podemos* und anderen Linksparteien erzielt haben, wird im Abgeordnetenhaus keine weitere Wahl stattfinden und der König wird gemäß der Verfassung am 03. Mai Neuwahlen ausschreiben müssen, die dann am 26. Juni stattfinden würden.

Laut aktueller Umfragen ist bei Neuwahlen nicht damit zu rechnen, dass sich das Kräfteverhältnis zwischen den Parteien und die Sitzverteilung im Parlament entscheidend verändern werden. Die Parteien wären dann erneut aufgefordert, eine neue Form der Koalitionsregierung zu bilden, wie sie es in Spanien bisher nicht gegeben hat. Diese Perspektive kann dazu führen, dass nun doch noch im April ein Ministerpräsident gewählt wird. Das wäre aber nur der Beginn einer neuen politischen Etappe, die von vielen Unwägbarkeiten gekennzeichnet sein würde.

Die Wahlen und das Verfahren zur Wahl des Regierungschefs

Zur Erinnerung hier noch einmal das Ergebnis der Wahlen vom 20. Dezember für die *Cortes Generales*. Im *Senado*, dem Oberhaus, der eine Kammer der territorialen Repräsentation ist, aber im Gesetzgebungsprozess nur eine eingeschränkte Rolle spielt und auf die Regierungsbildung keinen Einfluss nimmt, erreichte die PP aufgrund der Besonderheiten des Wahlsystems eine absolute Mehrheit von 142 der 265 Mandate.

In der Abgeordnetenkammer, dem *Congreso de los Diputados*, brachten die Wahlen die bislang größte Zersplitterung. Die 350 Mandate in der Kammer verteilen sich wie folgt:

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Spanien

Konrad-Adenauer-Stiftung
c/ Villanueva 43, 2º Dcha.
28001 Madrid
Spanien

Tel. +34 91 781 12 02
Fax +34 91 575 60 66
info.madrid@kas.de
www.kas.de/spanien
Twitter: @kas_madrid

	2015		2011		Gewinn /Verlust von Mandaten
	Mandate	Stimmenanteil %	Mandate	Stimmenanteil %	
PP	123	28,72	186	44,63	-63
PSOE	90	22,01	110	28,76	-20
<i>Podemos</i>	69	20,66			neu +69
<i>Ciudadanos</i>	40	13,93			neu +40
<i>Esquerra Republicana</i>	9	2,39	3	1,06	+ 6
<i>Democràcia i Llibertat</i>	8	2,25			neu +8
<i>Eusko Alderdi Jeltzalea/Partido Nacionalista Vasco</i> EAJ/PNV	6	1,2	5	1,33	+1
<i>Izquierda Unida</i>	2	3,67	11	6,92	-9
andere	3		35		

Die wichtigsten Ergebnisse dieser Wahlen sind:

- **Die beiden bisher dominierenden Parteien PP und PSOE, die seit 1978 abwechselnd die Regierung bildeten, haben deutliche Stimmenverluste erlitten.** Die Erfolge bei der wirtschaftlichen Stabilisierung und Strukturanpassung, die nur mit harten Sparmaßnahmen und Einschnitten bei sozialen Leistungen möglich waren, haben die PP und Ministerpräsident *Rajoy* viel Unterstützung gekostet. Die PP verlor mehr als 5 Millionen Wähler und ihr Stimmenanteil sank von 44,6 auf 28,7%. Nach einem vergleichbaren Stimmenverlust hatte die PSOE 2011 die Regierungsführung verloren. Andererseits verlor die PSOE 2015 weitere Stimmen und Mandate. Ihr Anteil betrug nur noch 22,01%. Somit hielt der Vertrauensverlust der Wähler in die PSOE an, was nicht zuletzt darauf zurückzuführen ist, dass einerseits die Regierung *Rajoy* nicht müde wurde, die vorherige PSOE-Regierung für die Wirtschaftskrise und die notwendigen Spar- und Strukturanpassungsmaßnahmen verantwortlich zu machen, und andererseits auf der linken Seite des politischen Spektrums mit *Podemos* eine linke Konkurrenz zur PSOE entstanden war, die den Protest gegen die Reformen der Regierung *Rajoy* artikulierte und mobilisierte. Zumindest auf den ersten Blick wird man aus dem Wahlergebnis der PSOE schwerlich einen Auftrag zur Führung der Regierung herauslesen.

- **Zwei neue Gruppierungen, die erstmals bei nationalen Wahlen antraten und sich ideologisch entgegenstehen, haben einen relativ hohen Stimmenanteil errungen.** Das Linksbündnis „*Podemos-En Comú Podem-En Marea*“, das erstmals bei nationalen Wahlen angetreten war, blieb mit einem Anteil von 20,66% nur knapp hinter der PSOE. *Podemos* entstand aus der Protestbewegung gegen die Reformpolitik von Ministerpräsident *Rajoy* und war 2014 erstmals bei den Europawahlen angetreten. Genau genommen setzt sich *Podemos* aus verschiedenen Gruppierungen zusammen und versteht sich als „plurinationalistische“ Partei. Neben der Ablehnung der Strukturreformen und beispielsweise der Forderung nach einem Austritt aus der NATO gehört die Unterstützung der Autonomiebewegungen in Spanien zu ihren zentralen Forderungen. Ihre Ideologie ist durch eine Mischung aus Marxismus-Leninismus und sozialistischem Populismus im Stil eines Hugo Chavez gekennzeichnet. Dominiert wird die Partei von ihrem charismatischen Führer *Pablo Iglesias*, dessen erklärtes Ziel es u.a. ist, die Sozialisten der PSOE in die politische Bedeutungslosigkeit zu treiben. Der zweite relative Wahlgewinner, die Partei „*Ciudadanos – Partido de la Ciudadanía*“, die bereits 2006 als Regionalpartei in Barcelona gegründet wurde, mittlerweile aber in ganz Spanien aktiv ist und ein sozial-liberales Programm vertritt, erreichte einen Stimmenanteil von 14% und 40 Mandate in der Abgeordnetenversammlung. *Ciudadanos* hat im Gegensatz zu *Podemos* keine Radikallopposition gegen die Reformen der Regierung *Rajoy* betrieben, sondern setzt sich für die sozial besser abgefederte Fortsetzung der Reformpolitik ein.

- **Keine der beiden großen Parteien PP und PSOE kann alleine eine Regierung bilden.** Sofern es keine „große Koalition“ zwischen diesen beiden gibt, sind andere Koalitionen nur unter Beteiligung mehrerer Parteien möglich, werden aber durch ideologische Gegensätze erschwert. *Ciudadanos* wäre wohl nach den Wahlen zu einer Zusammenarbeit mit der PP bereit gewesen, doch beide Parteien haben zusammen keine Mehrheit in der Kammer. Zudem hat der Vorsitzende von *Ciudadanos*, *Albert Rivera*, eine Zusammenarbeit mit der PP von einer Korrektur bisheriger

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Spanien

Konrad-Adenauer-Stiftung
c/ Villanueva 43, 2º Dcha.
28001 Madrid
Spanien

Tel. +34 91 781 12 02

Fax +34 91 575 60 66

info.madrid@kas.de

www.kas.de/spanien

Twitter: @kas_madrid

ger Reformen abhängig gemacht, die mit *Rajoy* nur schwer zu vereinbaren sind. *Ciudadanos* verlangt neben sozialpolitischen Korrekturen vor allem eine „*renovación democrática*“, was u.a. eine Staats-, Verfassungs- und Justizreform einschließt, die u.a. mehr Transparenz in politische Verfahren und auch eine Revision der Autonomiestatute einschließt. Schon allein die Diskussion über eine Verfassungsreform und eine Revision der Autonomiestatute aber wird von *Rajoy* vehement abgelehnt. Ein Zusammengehen mit der PP hatte somit für *Ciudadanos* keine Perspektive.

Keine Chance für eine „große Koalition“

Angesichts des Wahlergebnisses bestand seitens vieler Kommentatoren und auch in den Augen einer breiteren Öffentlichkeit, wie Umfragen belegen, zunächst die Erwartung, dass PP und PSOE eine große Koalition bilden würden. Als „Systemparteien“ mit langjähriger Regierungserfahrung und keineswegs unüberwindlich erscheinenden programmatischen Positionen schien vielen Kommentaren eine gemeinsame Plattform möglich, um eine Regierung zu bilden und die Konsolidierungspolitik in neuer Form fortzusetzen. *Felipe González* beispielsweise, der langjährige Ministerpräsident der PSOE, sprach sich in einem Interview mit *El País* vom 28. Januar 2016 dafür aus, dass sich PP und PSOE nicht gegenseitig blockieren sollten, damit das Land bald eine funktionsfähige Regierung bekäme. Auch wenn er nicht ganz explizit wurde, schien *González* trotz seiner Kritik an *Rajoy* seiner Partei zu einer großen Koalition zu raten und er gestand der PP das Recht zu, als relativer Wahlsieger eine Regierungsbildung zu versuchen.

Diese Einstellung, die auch andere regionale Führer der PSOE zu teilen schienen, hat sich in den darauf folgenden Wochen jedoch deutlich gewandelt. *González* und andere PSOE-Granden zeigten sich mehr und mehr offen gegenüber den Bemühungen ihres Generalsekretärs, statt mit der PP einen Pakt mit *Podemos* zu verhandeln.

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Spanien

Konrad-Adenauer-Stiftung
c/ Villanueva 43, 2º Dcha.
28001 Madrid
Spanien

Tel. +34 91 781 12 02

Fax +34 91 575 60 66

info.madrid@kas.de

www.kas.de/spanien

Twitter: @kas_madrid

Wenn PP und PSOE bisher nicht in der Lage waren eine Mehrheit für eine Regierungsbildung zu finden, so sind die maßgeblichen Gründe für diese Verweigerungshaltung in der politischen Kultur, den ideologischen Gegensätzen und nicht zuletzt den persönlichen Animositäten der politischen Führer zu suchen.

Seit der eingangs erwähnten Verständigung auf einen demokratischen Grundkonsens haben die politischen Parteien Spaniens wenig dafür getan, einen parteiübergreifenden Dialog zu pflegen oder eine Lagerübergreifende Zusammenarbeit zu kultivieren. Einerseits erlaubten es die nationalen Wahlergebnisse, dass PSOE und PP jeweils alleine oder mit Unterstützung kleinerer Parteien regieren konnten. Koalitionen zwischen diesen Parteien auf der regionalen Ebene oder in den Kommunen waren bzw. sind eine Ausnahme. Andererseits ist die noch aus der Franco-Herrschaft herrührende Spaltung der Gesellschaft nicht überwunden. Die Versuche des sozialistischen Ministerpräsidenten Zapatero (2004-11) zur Aufarbeitung der Vergangenheit und seine zum Teil überstürzten gesellschaftspolitischen Modernisierungsprojekte haben die Gräben eher wieder aufgerissen und vertieft. Zudem haben Ministerpräsident *Rajoy* und die PP nach ihrer erneuten Regierungsübernahme 2011 immer wieder die Misswirtschaft der PSOE-Regierung als Ursache der Krise denunziert und die harten Sparmaßnahmen damit begründet. Auch das hat das Klima zwischen beiden Parteien sehr belastet. Zudem hat Ministerpräsident *Rajoy* seit den Wahlen im Dezember keinen nennenswerten Versuch un-

ternommen, um auf die Sozialisten zuzugehen. Er wiederholt permanent seinen Anspruch auf eine Wiederwahl, unternahm bisher aber praktisch nichts, um die Sozialisten zu formalen Gesprächen oder Verhandlungen einzuladen.

Die Reformpolitik der vergangenen Jahre machte die ideologischen Gegensätze deutlich. Die Regierung *Rajoy*, die unter schwierigen Bedingungen angetreten war und etliche auch international anerkannte Fortschritte bei der Stabilisierung und Konsolidierung der spanischen Volkswirtschaft erzielte, stand unter einem anhaltenden Trommelfeuer des linken Lagers, wobei die Aggressivität und Mobilisierungskapazität von *Podemos* auch die Sozialisten zu einer immer schärferen Kritik an den Regierungsmaßnahmen trieb.

Wie stark diese politischen Gegensätze in gegenseitiger persönlicher Abneigung mündeten, konnten die spanischen Fernsehzuschauer wenige Tage vor den Wahlen, während einer Fernsehdiskussion am 15. Dezember 2015, beobachten. *Rajoy* und *Sanchez* beschimpften und beleidigten sich gegenseitig auf übelste Weise. Das belastet das gegenseitige Verhältnis der beiden weiterhin und hat dazu beigetragen, dass es bisher nicht zu einer Verständigung zwischen PP und PSOE gekommen ist.

Das Verfahren zur Wahl des Ministerpräsidenten und zur Ausschreibung von Neuwahlen

Laut spanischer Verfassung wird der Regierungschef (*Presidente de Gobierno*) von der Abgeordnetenkammer gewählt. Dem König als dem Staatsoberhaupt ist das Vorschlagsrecht für den Kandidaten vorbehalten. Damit er sicher sein kann, dass sein Kandidat auch die erforderliche Mehrheit erhält, führt der König nach dem ersten Zusammentreten der neuen Kammer sukzessive mit allen dort vertretenen Parteien Gespräche, bei denen er sich ein Bild machen kann, welcher Kandidat eine Mehrheit erhält. In der Regel sprechen sich die Parteien zuvor im Hinblick auf eine eventuelle Koalitionsbildung ab, sodass der König weiß, welcher Kandidat aus den Reihen der Parteien bzw. innerhalb der Kammer mehrheitsfähig ist. Es gibt zwar keine genauen Fristen für die Dauer der Verhandlungen zwischen den Parteien oder der Veröffentlichung des Vorschlags des Königs und der Abstimmung in der Kammer, doch sobald der erste Wahlgang anberaumt ist, beginnt eine Zeituhr zu ticken, die letztlich automatisch zu Neuwahlen führt, wenn die Kammer keinen Kandidaten wählt. Im ersten Wahlgang braucht ein Kandidat die absolute Mehrheit der Stimmen in der Kammer (176 von 350); kommt diese Mehrheit nicht zustande, muss innerhalb von 48 Stunden eine zweite Abstimmung durchgeführt werden, bei der der Kandidat für seine Wahl nur noch eine relative Mehrheit der Stimmen benötigt. Scheitert die Wahl eines Regierungschefs in beiden Wahlgängen und wird auch in den beiden Monaten danach kein Regierungschef gewählt, erfolgt zwei Monate nach dem ersten Wahlgang automatisch die Auflösung des Parlaments und die Ausschreibung von Neuwahlen.

Da Ministerpräsident *Rajoy* keine Mehrheit für seine Wiederwahl durch das Parlament sah, hat er es in dem Gespräch mit König *Felipe VI.* im Februar abgelehnt, einen Auftrag zur Regierungsbildung anzunehmen. *Pedro Sanchez* dagegen erklärte dem König sich um eine parlamentarische Mehrheit für seine Wahl bemühen zu wollen und wurde von *Felipe* daraufhin als Kandidat vorgeschlagen. Ein kurzes Gespräch zwischen *Sanchez* und *Rajoy* endete ergebnislos, weil *Rajoy* dem Sozialisten deut-

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Spanien

Konrad-Adenauer-Stiftung
c/ Villanueva 43, 2º Dcha.
28001 Madrid
Spanien

Tel. +34 91 781 12 02
Fax +34 91 575 60 66
info.madrid@kas.de
www.kas.de/spanien
Twitter: @kas_madrid

lich machte, dass er nicht mit den Stimmen oder der Enthaltung der PP rechnen könne. Bei *Ciudadanos* und dessen Vorsitzenden *Albert Rivera* fand *Sanchez* dagegen rasch Unterstützung. Beide haben am 23. Februar ein „Abkommen für eine reformistische und fortschrittliche Regierung“ unterzeichnet, das nicht nur die Grundlage der Unterstützung von *Ciudadanos* für *Sanchez* ist, sondern auch für die Verhandlungen mit anderen Parteien, insbesondere *Podemos*, zugunsten der Wahl von *Sanchez* durch die Abgeordnetenversammlung.

Die Verhandlungen von *Sanchez* mit *Podemos* und dessen charismatischen Führer *Pablo Iglesias* sind allerdings gescheitert. *Iglesias* hatte während seines Gesprächs mit dem König zwar eine Unterstützung der Wahl von *Sanchez* in Aussicht gestellt, doch sogleich daran die Bedingung geknüpft, dass er selbst stellvertretender Ministerpräsident werden und seine Partei strategisch Kabinettsposten besetzen sollte; er forderte nicht weniger als die Ministerien für Wirtschaft, Erziehung, Gesundheit, Soziale Dienste, Verteidigung und des Inneren sowie ein neues „Ministerium für Pluri-Nationalität(!)“. Außerdem bereitete *Podemos* für die Verhandlungen mit *Sanchez* ein dickes „Regierungsprogramm“ vor, das die Umkehr zahlreicher Reformen der vergangenen Jahre und Ausgaben von fast 100 Milliarden Euro vorsah, ohne zu erklären, mit welchen Mitteln diese zu finanzieren wären. Vor allem das Beharren auf einem Plebiszit über die Unabhängigkeit Kataloniens machte unüberwindliche Gegensätze zur PSOE deutlich, denn die Einheit der Nation ist für die Sozialisten – ebenso wie für die PP – nicht verhandelbar (auch wenn die Sozialisten im Gegensatz zur PP für eine Verfassungsreform eintreten).

Trotz des Scheiterns der Verhandlungen mit *Podemos* und anderen Linksparteien stellte sich *Sanchez* am 02. März im Abgeordnetenhaus zur Wahl. In der Debatte vor dem Wahlgang formulierten sowohl *Rajoy* als auch *Iglesias* harte Vorwürfe gegen *Sanchez*. *Iglesias* provozierte und attackierte die Sozialisten und andere Parteien im Parlament, als er rechtskräftig verurteilte baskische Terroristen als Märtyrer pries und *Felipe González* in seiner Zeit als Regierungschef die Unterstützung einer Todeschwadron gegen baskische Separatisten vorwarf.

Angesichts der Heftigkeit der Debatte war das Abstimmungsergebnis keine Überraschung. *Sanchez* erhielt nur die Stimmen der Abgeordneten seiner eigenen Partei und von *Ciudadanos*. Alle anderen stimmten mit „nein“. Das gleiche Ergebnis hatte die Abstimmung 48 Stunden später am 04. März, bei der *Sanchez* nur eine relative Mehrheit benötigt hätte. Doch keine der anderen Parteien wollte ihm mit einer Enthaltung die Chance geben zum Ministerpräsidenten gewählt zu werden.

Eine zweite Chance für Pedro Sanchez?

Pedro Sanchez gibt noch nicht auf. Nach seiner gescheiterten Wahl versucht er trotz der heftigen Angriffe von *Pablo Iglesias* auf ihn persönlich und seine Partei erneut mit *Podemos* ins Gespräch zu kommen, um mit deren Duldung zum Regierungschef gewählt zu werden. Eine Koalition zwischen PP und PSOE ist weiterhin auszuschließen. *Sanchez* kann somit nur dann gewählt werden, wenn *Podemos* entweder für ihn stimmt oder sich zumindest in einem zweiten Wahlgang der Stimmen enthält, was für die Wahl mit einfacher Mehrheit reichen würde.

Es ist zwar sehr fraglich, dass *Sanchez* diese Art von Unterstützung seitens *Podemos* erhält, doch auszuschließen ist es nicht. Einerseits zeigen

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Spanien

Konrad-Adenauer-Stiftung
c/ Villanueva 43, 2º Dcha.
28001 Madrid
Spanien

Tel. +34 91 781 12 02
Fax +34 91 575 60 66
info.madrid@kas.de
www.kas.de/spanien
Twitter: @kas_madrid

die aktuellen Umfragen, dass die PSOE bei Neuwahlen wohl leicht hinzu gewinnen und *Podemos* eher Stimmenverluste erleiden würde. Die Absicht von *Iglesias*, die PSOE an Wählerstimmen zu überholen, ist nicht realistisch. Andererseits erlebt *Podemos* zurzeit interne Auseinandersetzungen, die sowohl dem autokratischen Führungsstil von *Iglesias* als auch der Bereitschaft einiger Gruppierungen dieses Bündnisses zur Wahl von *Sanchez* geschuldet sind. So könnte es für *Podemos* und *Iglesias* eventuell taktisch vorteilhafter sein, nun doch den Generalsekretär der PSOE direkt oder indirekt zu wählen und noch einige Zugeständnisse und vielleicht sogar Regierungsposten zu erhalten, bevor die internen Konflikte von *Podemos* weiter eskalieren und die Bewegung bei Wahlen verliert. Jüngste Umfragen zeigen, dass die Vereinigte Linke (*Izquierda Unida*), die im Dezember schlecht abgeschnitten hat, nun zugunsten von *Podemos* wieder aufholen würde. *Sanchez* jedenfalls versucht Nutzen aus den internen Querelen von *Podemos* zu ziehen, indem er nun mit regionalen Gruppierungen der Bewegung getrennt verhandeln will. Noch hat er die Chance bis zum 23. April genügend Abgeordnete zu finden, die mit einer Enthaltung im zweiten Wahlgang seine Wahl zum Regierungschef ermöglichen könnten.

Sollte *Sanchez* damit scheitern, sind seine Tage als PSOE-Generalsekretär eventuell gezählt, weil der innerparteiliche Widerstand gegen seine politische Strategie wieder zunehmen würde. Die PSOE Vorsitzende aus Andalusien, *Susana Diaz*, wird dann bei einem Parteikongress im Mai eventuell gegen *Sanchez* kandidieren. *Diaz* wäre dann wohl eher in der Lage eine Verständigung mit der PP zu suchen. Gerade diese Aussicht aber wird *Sanchez* zusätzlich zugunsten eines Abkommens mit *Podemos* anspornen.

Die Partido Popular in einer Sackgasse

Die PP erhielt im Dezember zwar die meisten Stimmen, erreichte aber nur noch einen Anteil von 28,7% gegenüber 44,6% im Jahr 2011 und verlor 67 Mandate. Insgesamt erhielt die Partei noch 7.215.530 Stimmen und damit 3.651.036 Wählerstimmen weniger als 2011 (10.866.566). Das ist ein bemerkenswerter Stimmenverlust. Innerhalb der Partei wurde dieses magere Wahlergebnis allerdings noch nicht diskutiert oder kritisch analysiert – zumindest gibt es keine öffentliche Diskussion über das Wahlergebnis und den Stimmenverlust. Stattdessen sehen sich Ministerpräsident *Rajoy* und die PP als die Wahlsieger und leiten daraus einen Anspruch auf die Regierungsführung und die Unterstützung durch die PSOE ab.

Für seine Wiederwahl braucht *Rajoy* die Zustimmung der Sozialisten und entsprechend hat er sie mehrfach aufgefordert ihn zu wählen oder seine Wahl durch Stimmenthaltung zu ermöglichen. Allerdings hat er nach den Wahlen weder durch eigene Initiativen noch durch Gesten versucht, die Sozialisten zu einer echten Verhandlung über ihre Unterstützung einzuladen. Ein ernsthaftes Gesprächsangebot an die PSOE über seine Wahl und eine wie auch immer geartete parlamentarische Duldung oder Zusammenarbeit hat es nicht gegeben. Der Ministerpräsident wartete im *Palacio Moncloa*, seinem Regierungssitz, darauf, dass ihn die Sozialisten sozusagen ohne Gegenleistung wählen würden. Das aber hat der nationale Vorstand der PSOE bereits in seiner ersten Sitzung nach den Wahlen abgelehnt und daran bisher nichts geändert.

Auch wenn sich die Partido Popular als vermeintlichen Wahlsieger vom Dezember sieht, kann sie auf die aktuellen Entwicklungen praktisch keinen Einfluss nehmen. Nachdem *Rajoy* es abgelehnt hatte

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Spanien

Konrad-Adenauer-Stiftung
c/ Villanueva 43, 2º Dcha.
28001 Madrid
Spanien

Tel. +34 91 781 12 02

Fax +34 91 575 60 66

info.madrid@kas.de

www.kas.de/spanien

Twitter: @kas_madrid

vom König den Auftrag für eine Regierungsbildung anzunehmen, musste er untätig zusehen, wie *Pedro Sanchez* Verhandlungen führte. So sehr er den PSOE-Generalsekretär während der Parlamentssitzungen am 02. und 04. März wegen der Aussichtslosigkeit von dessen Wahlversuch kritisierte, konnte er nicht verhindern, dass *Sanchez* (und mit ihm der Vorsitzende von *Ciudadanos Rivera*) in der Öffentlichkeit als derjenige wahrgenommen wird, der weit über eine persönliche Schmerzgrenze hinaus zu gehen bereit ist, um auf den Verhandlungsweg eine Regierung zu bilden und das Land aus dem Erstarrungsmodus herauszuführen. Das wird beiden in den Meinungsumfragen honoriert.

Die starrköpfige Haltung des Ministerpräsidenten hat seinem Ansehen seit den Wahlen geschadet. Diese Starrköpfigkeit zeigt sich beispielsweise in der Reaktion auf Vorschläge zugunsten einer Verfassungsreform seitens der Sozialisten und anderen Parteien, aber auch von vielen Kommentatoren und Wissenschaftlern, womit auf die separatistischen Bewegungen in Katalonien und anderen Regionen reagiert werden soll. *Rajoy* lehnt das vehement ab.

Verfassungsrechtlich höchst problematisch ist nun seine Haltung gegenüber dem Parlament. Nachdem die Abgeordnetenkammer vor dem letzten EU-Gipfel mit den Stimmen der Linksparteien eine Resolution annahm, die den bevorstehenden Kompromiss mit der Türkei in der Flüchtlingsfrage ablehnte und den Ministerpräsidenten zwingen wollte beim EU-Gipfel dagegen zu stimmen, erklärte *Rajoy*, dass er dem Parlament nicht Rechenschaftspflichtig wäre, weil er nicht von dieser Kammer gewählt worden sei! Nach dem EU-Gipfel am 17. und 18. März weigerte er sich, das Parlament über die Ergebnisse des Gipfels zu informieren und ließ stattdessen von einem Staatssekretär einen Brief an die Parlamentarier schicken, in dem die Gipfelresultate mitgeteilt wurden. Diese Ablehnung einer Rechenschaftspflicht gegenüber dem Parlament ist verfassungsrechtlich sehr bedenklich und wird von Parteien und Medien scharf kritisiert.

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Spanien

Konrad-Adenauer-Stiftung
c/ Villanueva 43, 2º Dcha.
28001 Madrid
Spanien

Tel. +34 91 781 12 02

Fax +34 91 575 60 66

info.madrid@kas.de

www.kas.de/spanien

Twitter: @kas_madrid

Der einzige Ausweg, auf den *Rajoy* setzt, sind Neuwahlen. Diese aber würden laut aktuellen Umfragen der PP wohl eher noch weitere Stimmenverluste bescheren. Nicht wenige Beobachter sehen die PP daher momentan in einer Sackgasse, aus der es kaum einen Ausweg gibt. Ihre Führungsstruktur und – tradition verhindern jedoch eine kritische Diskussion über alternative Wege. Die Partei ist noch immer nach einem traditionellen *Caudillo*-Prinzip strukturiert, bei dem der Vorsitzende einen maßgeblichen Einfluss auf alle Entscheidungen und vor allem auch die Auswahl der Parlamentskandidaten besitzt. Die Abgeordneten der PP sind ihrem Vorsitzenden daher in besonderer Weise verpflichtet, was Loyalitäten stärkt, aber die Diskussion über Alternativen erstickt. Ein Parteikongress, der gemäß Statuten schon längst hätte stattfinden müssen, um den Vorsitzenden zu bestätigen, ist seit mehr als dreieinhalb Jahren nicht einberufen worden.

Gerade wegen seiner dominierenden Rolle ist der Vorsitzende besonders anfällig, wenn es Probleme mit einzelnen Parteigliederungen oder Vertretern der Partei gibt. Deshalb haben die zahlreichen Korruptionsfälle, die in den letzten Jahren bekannt wurden, das Ansehen des Parteiführers berührt, auch wenn ihm selbst keine Unkorrektheiten vorgeworfen werden. Dass die *Guardia Civil* allein im Februar dreimal in der nationalen Parteizentrale nach belastenden Dokumenten suchte und die Staatsanwaltschaft beispielsweise neue Anschuldigungen gegen die Parteiglieder

derung in Valencia erhob, hat das Ansehen der PP und ihres Vorsitzenden zusätzlich geschmälert.

Interne Kritik an dem Vorsitzenden und seiner Nach-Wahl-Strategie wird bisher jedoch nur vereinzelt und verhalten geäußert. Die Durchführung eines Kongresses, dessen Delegierte demokratisch gewählt und nicht vom Vorsitzenden ernannt werden sollten, gehört zu den zentralen Forderungen solcher abweichenden Stimmen. Dass solche demokratischen Selbstverständlichkeiten als „aufmüpfig“ gelten, wirft ein Licht auf die Partei.

Sollte es zu Neuwahlen kommen, wird *Mariano Rajoy* die PP sicherlich erneut in den Wahlkampf führen und Anspruch auf seine Wiederwahl erheben. Die Aussichten dafür stehen nicht gut, doch ist es nicht ganz auszuschließen, sofern PP und PSOE doch noch eine Koalition bilden würden und die PP die relative Stimmenmehrheit erhielte. Möglicherweise aber muss die PP schon bald die ungeliebte Rolle einer Oppositionspartei übernehmen. Wie zahlreiche andere Fälle belegen ist das dann zumindest eine Chance für eine organisatorische, programmatische und wohl auch personelle Erneuerung.

Ungewisse Zukunft mit und ohne neue Regierung

Ganz gleich, ob *Pedro Sanchez* doch noch vor Ende April zum neuen spanischen Ministerpräsidenten gewählt wird oder am 26 Juni Neuwahlen stattfinden – das Land blickt politisch einer ungewissen Zukunft entgegen. Sollte *Sanchez* mit den Stimmen oder der Duldung von *Podemos* gewählt werden, hinge seine Regierung von dem Wohlwollen des unberechenbaren *Pablo Iglesias* ab. Die Verabschiedung eines Haushalts oder die Ratifizierung europäischer Vereinbarungen sind unvorhersehbar. Dass die PP aus Staatsräson eine Minderheitsregierung von PSOE und *Ciudadanos* unterstützt, ist auch kaum vorstellbar. Vorstellbar dagegen ist, was dies für die weitere wirtschaftliche Stabilisierung, die Haltung von potentiellen Investoren und die Rolle Spaniens an den Finanzmärkten bedeuten würde.

Andererseits ist von Neuwahlen nur insofern eine Lösung zu erwarten, als die Parteien und Akteure vom Wähler noch einmal ausdrücklich aufgefordert werden, eine neue Form der Zusammenarbeit zu finden und sich wieder auf einen demokratischen Grundkonsens zu verständigen, der am Beginn der neuzeitlichen spanischen Demokratie möglich war. Eine Wiederholung der gegenwärtigen Blockade würde das Land wohl endgültig in eine tiefe politische Krise stürzen.

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Spanien

Konrad-Adenauer-Stiftung
c/ Villanueva 43, 2º Dcha.
28001 Madrid
Spanien

Tel. +34 91 781 12 02

Fax +34 91 575 60 66

info.madrid@kas.de

www.kas.de/spanien

Twitter: @kas_madrid